

# Eine Skizze zur polit-ökonomischen Analyse der Schweiz

Zu Beginn seien zwei Leitideen festgehalten, die unserer Skizze zu Grunde liegen. Erstens gehen wir davon aus, dass es in der Entwicklung der Schweiz seit der Industrialisierung zwei wichtige Knotenpunkte gibt. Der eine ist die so genannte grosse Depression im 19. Jahrhundert, eine strukturelle Überakkumulationskrise, die schliesslich zu einem neuen Akkumulationsregime, dem Fordismus, geführt hat. Den zweiten Knotenpunkt bildet die strukturelle Überakkumulationskrise Ende des 20. Jahrhunderts, die bis heute andauert und ebenfalls wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Strukturveränderungen eingeleitet hat. Zwischen den beiden strukturellen Krisenphasen gibt es auffallende Parallelen, so etwa die Rationalisierungsinvestitionen, die Bedeutung der neuen Technologien und der Kapitalkonzentration zur Senkung der Fixkosten, die Verschärfung der Ausbeutung durch Lohnrestriktion und Arbeitsintensivierung, aber auch der Übergang zu aggressiveren und offeneren Formen imperialistischer Politik.

Es gibt natürlich auch Unterschiede: der wichtigste ist sicher, dass sich der Kapitalismus nach 1900 zunehmend im nationalen Rahmen organisierte. Heute hingegen sind wir mit einer Krise der nationalstaatlich organisierten Formen des Kapitalismus konfrontiert und mit einem Zerfall des klassischen bürgerlichen Staates, insbesondere des Wohlfahrtsstaates und der Demokratie. Darüber kann auch eine reaktionäre, ideologische Renationalisierung nicht hinwegtäuschen, die vorab der Aufrechterhaltung der Hegemonie des reaktionären bürgerlichen Machtkartells dient.

Die zweite Leitlinie unserer Skizze bildet das Interesse an der Rolle der Schweiz im imperialistischen System. Der Kapitalismus muss von

seiner Entstehung her als ein Welt-system begriffen werden, in dem es Zentren der Akkumulation und eine ausgebeutete Peripherie gibt, mit Kontinenten wie Afrika, welche die Sklaven, und Zentral- und Lateinamerika, welches Gold, andere Edelmetalle und Rohstoffe – insbesondere Baumwolle für die Textilindustrie – lieferten. Eine

---

## Willi Eberle

1948, war lange Jahre gewerkschaftlicher Basisaktivist in der Basler Chemie. Weitere Engagements: BastA, marxistisches Forum und andere linke Gruppierungen.

## Hans Schäppi

1942, ehemaliger GBI-Vizepräsident, Präsident Solifonds.



bloss nationale oder europazentrierte Sicht ohne Imperialismustheorie erfasst grundlegende Strukturen nicht. Sie suggeriert in erster Linie, dass Kapitalismus etwas mit Demokratie und friedlicher zivilisatorischer Entwicklung zu tun habe, und nicht etwa mit Sklaverei, Genoziden und diktatorischen Regimes parasitärer Oligarchien. Diese Sichtweisen bilden selbst ein Stück imperialistischer Ideologie der Suprematie des angeblich zivilisierten, christlichen Westens über die unzivilisierten Wilden, deren Probleme natürlich nichts mit den kolonialen und imperialistischen Ausbeutungsstrukturen zu tun haben sollen. Deshalb kann auch die Entwicklung des Schweizer Kapitalismus nicht verstanden werden, ohne seine Rolle im imperialistischen System und bei der Ausbeutung der Peripherie zu behandeln.

### **Voraussetzungen: Primäre Akkumulation und Industrialisierung**

Wichtig für das Verständnis der kapitalistischen Entwicklung der Schweiz ist sicher die zentrale Lage in Europa. Das Land bildet den Schnittpunkt wichtiger Verkehrswege von Süden nach Norden und von Westen nach Osten. Eine der wichtigen Voraussetzungen einer kapitalistischen Entwicklung ist die Bildung grosser Vermögen. Diese bildeten sich in der Schweiz im Handel, und zwar nicht nur im europäischen Handel, sondern auch im Fernhandel und seit dem 17. Jahrhundert auch im Handel mit den Kolonien. Der St. Galler Lehrer und Historiker Hans Fässler hat in seinem Buch ›Reise in Schwarz-Weiss‹ dargestellt, wie Schweizer beispielsweise im Sklavenhandel über Handels-, Bank-, und Versicherungsgeschäfte und Investitionen Vermögen aufgebaut haben (Fässler, 2005; vgl. auch David et. al., 2005). Der Sklavenhandel war ein Dreieckshandel: Sklaven wurden von Afrika nach Amerika, beispielsweise nach Brasilien, transportiert und verkauft. Von dort wurden dann Rohstoffe und Edelmetalle zurück nach Europa gebracht. Im Lauf des 18. Jahrhunderts importierte die Schweiz während längerer Zeit in absoluten Zahlen mehr Rohbaumwolle für das Textilgewerbe als England.

Die grössten Vermögen entstanden in den Orten der alten Eidgenossenschaft jedoch nicht im Handel, sondern im Söldnerwesen. Am lukrativsten war es für das eidgenössische Patriziat, Söldner an die europäischen Staaten zu liefern und dafür die Provisionen zu kassieren, sei es nun für Kriegsschauplätze in Europa oder in den Kolonien, wo es Revolten niederzuschlagen galt. Das erklärt auch, weshalb die grossen Patrizierpaläste des 17. und 18. Jahrhunderts vor allem in den ländlichen Kantonen anzutreffen sind, wo das Patriziat fleissig Söldner nach allen Seiten verkauft hatte. Damit musste – anders als in England in der Phase der



so genannten primären Akkumulation – die überschüssige ländliche Bevölkerung nicht in Armen- und Zuchthäuser gesteckt werden. Auch die Neutralität hat sich in dieser Zeit herausgebildet: Einerseits musste die Eidgenossenschaft als loses und konfessionell zerstrittenes Bündnis auf eine territoriale Expansion verzichten, andererseits aber – und das ist für das Verständnis der Neutralität wichtiger – waren alle umliegenden Mächte gleichmässig an Söldnerlieferungen interessiert. Ein letztes wesentliches Element der primären Akkumulation in der Schweiz war, dass akkumulierte Vermögen nicht von einem absolutistischen Staat abgeschöpft oder gar konfisziert wurden. Im Gegenteil flüchteten seit dem 16. Jahrhundert viele vermögende Familien aus Italien und Frankreich in die Schweiz und spielten in deren frühkapitalistischer Entwicklung eine zentrale Rolle.

Der Industrialisierungsprozess setzte in der Schweiz sehr früh ein, und zwar auf dem Land – eine Folge der Zunfthemmnisse in den Städten. Wegen der Binnenlage und der Rohstoffarmut (abgesehen von Wasser und damit Elektrizität) konzentrierte und konzentriert man sich auf eine hohe Wertschöpfung, eine fortwährende Spezialisierung. Kennzeichnend für das Schweizer Kapital ist zudem seine grosse Flexibilität aufgrund der vergleichsweise geringen Fixkapitalinvestitionen. Die Kleinstaatlichkeit erklärt die zentrale Bedeutung des Aussenhandels, der Baumwoll-, Seiden- und Uhrenindustrie wie auch in der Folge des Maschinenbaus und der Metallindustrie (Textilmaschinen, Eisenbahnen). 1850 hatte die Schweiz nach Grossbritannien die grösste Exportquote.

Abgesehen von Frankreich war die Schweiz das einzige Land, in dem keine Grund besitzende Aristokratie im Bündnis mit der Kirche eine führende politische Rolle spielte. Der bäuerliche Besitz war relativ kleinräumig. Die liberale Bewegung entstand während der Aufklärung in einem Teil der patrizischen Schichten und des Bildungsbürgertums, der mit der französischen Revolution sympathisierte. Im Industrialisierungsprozess bildete sich zudem auf dem Land aus Handwerkerkreisen ein industrielles Bürgertum. Aber auch die Bauern waren ein revolutionäres und radikales Potenzial, mindestens solange, bis sie im Besitz des Landes waren und die Feudalrechte beseitigt waren. Nach einem schweren Rückschlag 1814 spaltete sich die Bewegung in Liberale und Radikale vor allem um die Frage des Zensuswahlrechtes. Das Machtkartell des Ancien Régime wurde zwar zurückgedrängt, war aber in einigen Kantonen wie der Innerschweiz, Bern, Basel-Stadt, Fribourg, Wallis noch unangefochten.



## **Der klassische Liberalismus (1830 bis 1873)**

Die Gründung des Bundesstaates war das Werk der Radikalen. Sie brachte eine Zentralisierung von Recht, Militär und Zöllen sowie den Freihandel und das allgemeine männliche Wahlrecht. Die Mächte des Ancien Régime konnten nach dem Sonderbundkrieg durch Konzessionen wie föderalistische Strukturen mehr oder weniger eingebunden werden. Mit der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums begann in der Schweiz die Phase der Hochindustrialisierung, in der – neben der Textilindustrie – im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau die Maschinenindustrie und Investitionsbanken wie die Kreditanstalt entstanden.

Die Radikalen differenzierten sich nach der Jahrhundertmitte recht schnell weiter aus. Einerseits gab es die klassischen Manchesterliberalen wie Alfred Escher, die ihre Basis bei den Unternehmern und den wohlhabenden, freiberuflichen Mittelschichten (Anwälte, Ärzte) hatten. Andererseits wuchs eine neue Mittelschicht heran, die zwar nicht wohlhabend, aber gebildet war und radikalere demokratische Ziele verfolgte. Sie formierte sich politisch in der Demokratischen Bewegung, die sich in einigen Kantonen wie auch auf Bundesebene mit der Verfassungsreform von 1873/74 durchsetzte.

Die Industriearbeiterschaft war am Ende dieser Periode etwa gleich gross wie die Beschäftigten im Gewerbe, der traditionelle Mittelstand und die lohnabhängigen Mittelschichten (je ca. 280'000). Alle drei Segmente wie auch die Bauern waren in der aktiven Politik kaum vertreten. Ihre Anliegen wurden von der Demokratischen Bewegung wahrgenommen.

## **Grosse Depression und Imperialismus (1873 bis 1914)**

Die Herausbildung des ›klassischen‹ Imperialismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts war eng mit der grossen Depression und deren Lösung verknüpft. Die Produktionsverhältnisse mussten angesichts der strukturellen Überakkumulationskrise den veränderten Produktivkräften angepasst werden, so wie 100 Jahre später im Regime der flexiblen Akkumulation. Um das Kapital vor grösseren Verlusten zu schützen, intervenierte der Staat zunehmend in der Wirtschaft, unter anderem mit Schutzzöllen. Um die hohen Fixkosten amortisieren zu können, organisierte sich das Kapital auch selber mit Hilfe von Kartellen und Trusts. Überflüssiges Kapital, das aufgrund der gesunkenen Profitrate nicht rentabel angelegt werden konnte, floss in den Finanzsektor, was zu einer engeren Verflechtung von Finanz- und Industriekapital führte. Wie in jeder Krise, erlangte der Finanzsektor als Garant des Geldwerts der Ver-



mögen und der Rentabilität der Produktion, vor allem aber als Exekutionsinstanz der Restrukturierung des globalen Gesamtkapitals eine gewisse Hegemonie. Auch die Zentralisation und Konzentration des Kapitals spielte als Massnahme gegen die Überakkumulation eine wichtige Rolle. Mit verschiedenen Modellen – das bekannteste war sicher der Taylorismus – wurde die Lohnarbeit diszipliniert und dem maschinellen Prozess ein- und untergeordnet. Politisch begannen die Liberalen, die nach 1860 in den meisten europäischen Ländern eine führende Rolle spielten und zusammen mit der sich herausbildenden Linken gegen die konservativen Kräfte gekämpft hatten, ein Bündnis mit den Konservativen gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung zu schliessen. Der Liberalismus wandelte sich in dieser Zeit von einer fortschrittlichen zu einer zunehmend reaktionären Kraft (›Transformismo«, Stone, 1983). Der marxistische Theoretiker Rudolf Hilferding analysierte diese Entwicklung als den Übergang des freien Konkurrenzkapitalismus zum organisierten Kapitalismus – organisiert vorab im Rahmen der Nationalstaaten. Ebenso wichtig in den Analysen zeitgenössischer Marxisten war die Darstellung der Kräfte, die den Übergang zu offeneren Formen imperialistischer Ausbeutung vorantrieben.

Auch in der Schweiz vollzog sich in der grossen Depression ein starker sozialökonomischer Wandel, der mit Massnahmen zur Überwindung der Krise einher ging, so etwa einer Lohnrestriktion auf dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit, einer Steigerung der Kapitalproduktivität mit Rationalisierungen (Taylorismus, neue Technologien wie z.B. Elektrizität) und mit neuen Firmengründungen in der Chemie-, Maschinen- und Elektroindustrie, die von Beginn an eine starke Aussenorientierung forcierten. Kennzeichnend war auch ein Prozess der Kapitalkonzentration: In der Schweiz mit ihrer Kleinräumigkeit, dem Kapitalreichtum und den fehlenden Kolonien bildeten sich früh und *avant la lettre* multinationale Konzerne heraus. Kennzeichnend für diese Periode war auch die Entwicklung von Grossbanken, die – wie in Deutschland und anderen Ländern – als Investitionsbanken eng an die Grossindustrie gebunden waren. Gerade in der Schweiz waren sie aufgrund der Bedeutung der Handelsgesellschaften und des Handels mit den Kolonien aber auch international weiterhin gut verankert.

Die Landwirtschaft erlebte, wie beinahe überall in Europa, eine grosse Krise infolge der Getreideimporte aus Übersee. Die Agrarkrise beschleunigte den Wandel der Bauernschaft von einem politisch radikalen zu einem eher konservativem Potenzial mit den ersten schlagkräftigen Interessenorganisationen (Bauernverband, BGB). Die Arbeiter und Angestellten der grossen Industrie wuchsen an der Zahl, und es kam zu



einer Zentralisierung der Organisationen der Arbeiterbewegung (SPS, SGB). Ähnlich wie Frankreich, hatte die Schweiz keine eigentliche Grossindustrie, und der Sozialismus trug immer stark kleinbürgerliche Züge. Auch war trotz den Organisationsfortschritten der Gewerkschaften immer nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft organisiert. Die Liberalen und die Radikalen orientierten sich zusehends am Deutschland Bismarcks, das die virulente soziale Frage paternalistisch-autoritär löste. Es war eine Zeit heftiger Kämpfe mit wenig politischen Vermittlungs- und Konsensstrukturen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es zur organisatorischen Vereinheitlichung der wichtigsten liberalen Strömungen unter der Führung der Radikalen in der FdP. Im Gegensatz zu anderen Ländern führte die Krisenphase der grossen Depression in der Schweiz nicht zu einer Zersetzung der Liberalen; sie blieben politisch die führende Kraft. Die Linke und die konservative Rechte erreichten in Wahlen zusammen nie mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen. Dennoch markieren die 1890er-Jahre – wie in anderen Ländern – einen politischen Umbruch. Während in der Zeit zuvor die Liberalen zusammen mit den Radikalen und den Vorläufern der Linken die politische Landschaft in scharfer Abgrenzung gegen die Konservativen prägten, bildete sich zunehmend ein Bündnis konservativer Liberaler mit den Konservativen gegen die Linke heraus, zuerst im Bundesrat, dann auch im National- und Ständerat. Die Referendumsdemokratie erwies sich nach anfänglichen Turbulenzen mehr und mehr als ein geeignetes Instrument, um die Eliten der oppositionellen Bewegungen ins bürgerliche Machtkartell einzubinden. Bei der Sozialdemokratie liess dieser Prozess allerdings bis in die 1940er-Jahre auf sich warten – nach einer langen Phase der Ausgrenzung und Stigmatisierung.

### **Erster Weltkrieg bis 1921: Die Drehscheibenfunktion im imperialistischen System bildet sich heraus**

Im ersten Weltkrieg entwickelt die Schweiz ihre spezifische Rolle im imperialistischen System. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Neutralität. Anfänglich hatte die Armeeführung geplant, nach ein paar Wochen auf Seiten der Deutschen (Luciri, 1976) in den Krieg einzutreten, doch der deutsche Sieg liess auf sich warten. Als neutraler Staat profitierte die Schweiz sowohl mit Waffenlieferungen als auch Finanzgeschäften von den Kriegen der anderen. Darüber hinaus profitierte sie davon, dass die anderen die Kriege führten, um die Waren- und Wertströme mit der Peripherie zu sichern, und sicher kamen ihr auch ihre traditionell starke

Verflechtung über Aussenhandel, Finanzplatz und Handelsgesellschaften zugute. Mehr und mehr übernahm die Schweiz eine Funktion als Drehscheibe wie auch als Steuer- und Regulationsoase mit politischer Stabilität und einer Aussenpolitik der Guten Dienste (Orsouw, 1995; Guex, 2002).

Im ersten Weltkrieg wurden die Verbindungen zwischen Industrie, Banken und dem Staat weiter ausgebaut und verstärkt. Unter dem Vollmachtenregime des Bundesrates profitierten die Industrie und die Banken von der Kriegskonjunktur. Die Arbeitereinkommen hingegen brachen ein, vor allem auch, weil es keine Erwerbsersatzordnung gab. Die Frauen aus der Arbeiterschaft und die Bäuerinnen trugen eine grosse Last. Die Widersprüche der Klassengesellschaft spitzten sich im Krieg – wie in Russland, Deutschland und anderen Ländern – zu (Kocka, 1973) und endeten im Generalstreik vom November 1918, der bisher grössten sozialen Krise der Schweiz. Der Landesstreik wurde unter Einsatz des Militärs und mit Repression beendet. Abgesehen von der Sowjetunion, begannen sich in ganz Europa vor allem nach der Wirtschaftskrise von 1921 autoritäre Lösungen der sozialen Frage abzuzeichnen. In Italien ergriffen die Faschisten die Macht, in Deutschland und den Ländern des ehemaligen Österreich-Ungarn konnten faschistische Formationen unbehelligt agieren. Es zeichnete sich zusehends ab, dass die Demokratie nun nicht mehr von den Liberalen verteidigt oder gar weiterentwickelt wurde, sondern nur unter dem Druck der arbeitenden Massen durchgesetzt oder verteidigt werden konnte.

### **1920er- und 1930er-Jahre: Autoritäre statt demokratische Lösung der sozialen Frage**

In der Schweiz waren die Strömungen, die sich an Deutschland orientierten, aufgrund des Ausgangs des ersten Weltkriegs nicht mehr hegemonial. Doch der Generalstreik von 1918 hielt – neben der weiterhin unstabilen Lage in Europa und dem Weiterbestehen der Sowjetunion – das Interesse an autoritären Lösungen weiterhin wach, so etwa am Faschismus in Italien, am Nationalsozialismus in Deutschland oder an autoritären Konzeptionen des Liberalismus nach dem Vorbild Frankreichs oder Grossbritanniens. In den 1930er-Jahren passte sich die Aussenpolitik der Schweiz weitgehend den faschistischen Nachbarn an. Ein Netz von Finanz- und Handelsabkommen sollte die zukünftige Stellung des Landes sichern. 1939 liess sich die Schweiz mit dem Vorwand, die ›integrale Neutralität‹ wiederherzustellen, von der Verpflichtung entbinden, die Boykottmassnahmen des Völkerbunds gegen die faschistischen Aggressoren einzuhalten (Jost, 1986).



Innenpolitisch wurde das autoritäre Vollmachtenregime des Bundesrates aus dem ersten Weltkrieg weitergeführt. Sozial- und Lohnabbau, Überfremdungssängste und Abschottung gegen aussen prägten die Schweiz vorab in der Krisen der 1930er-Jahre. Die Übernahme faschistischer Ideologien stiess hingegen an Grenzen; insbesondere die arische Rassentheorie fand in der vielsprachigen Schweiz kaum Anklang. So entwickelte man unter dem Titel ›Geistige Landesverteidigung‹ eine eigenständige nationalistische Blut-und-Boden-Ideologie – auch diese fremdenfeindlich, intolerant, aggressiv und zutiefst reaktionär. In diesen Kontext gehört auch das Friedensabkommen von 1937. Die Führungen der Gewerkschaften und der SPS fürchteten sich einerseits vor Lösungen à la Deutschland oder Italien, andererseits aber auch – wie schon seit den frühen 1920er-Jahren – vor den radikalen Segmenten der Arbeiterbewegung. Sie wollten an der Verwaltung des Systems beteiligt werden und nicht in dessen Kerkern umkommen oder vom radikalen Teil der Arbeiterbewegung in Frage gestellt werden. Das Friedensabkommen war ein Arrangement mit der konservativen und klassisch-liberalen Machtelite an, eine paternalistisch-autoritäre Lösung der sozialen Frage, an der die Bürokratie der Massenorganisationen der Arbeiterbewegung beteiligt war. Während des zweiten Weltkriegs wurde dann folgerichtig, aber mit bezeichnender Verspätung der erste Vertreter der Sozialdemokratie in den Bundesrat gewählt.

### **Der zweite Weltkrieg und der Fordismus**

Der zweite Weltkrieg brachte eine weitere Verstärkung und Ausweitung des Staatsapparates. Die keynesianischen Grundsätze waren in der Schweiz wegen der Dominanz des Finanzkapitals aber kaum durchsetzungsfähig, wie überhaupt die Wirtschaftspolitik immer recht liberal blieb. Nach dem Krieg galt es, die ehemaligen Ansätze für eine Kollaboration mit dem Faschismus zu verdrängen, so etwa die Rolle des Finanzplatzes und der Handelsgesellschaften, die einseitig auf Deutschland ausgerichtete Rüstungsproduktion und die anpasserische, faschistenfreundliche Haltung breiter bürgerlicher Kreise. Es war notwendig geworden, sich in den neuen Verhältnissen Legitimität zu verschaffen und die Drehscheibenfunktion des Landes wieder zu etablieren. Da es in der Schweiz – im Gegensatz zu Italien und Deutschland – keinen Bruch mit dem Faschismus gab, waren die 1950er-Jahre ebenfalls von einem reaktionären und engen Geist geprägt. Es war kein Problem, den ›Landigeist‹, die Ideologie der geistigen Landesverteidigung den Verhältnissen des Kalten Kriegs anzupassen. Für die Aufarbeitung der Haltung der Schweiz gegenüber dem Nationalsozialismus, ihrer Rolle vor und während des



zweiten Weltkriegs liess sich die offizielle Schweiz Zeit bis Ende der 1990er-Jahre. Sie tat es bezeichnenderweise erst, als von Seiten der USA Druck ausgeübt wurde (vgl. den Schlussbericht der Bergier-Kommission von 2002).

In der Hochkonjunktur wuchs ein weit verzweigtes, auf Konsensbildung angelegtes institutionelles Netz zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und den wichtigsten Segmenten von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungssektor heran. Mit der Aufnahme der Sozialdemokratie in die politische Verwaltung (Konkordanzdemokratie) und der Schaffung der AHV waren weitere Forderungen aus dem Generalstreik von 1918 zumindest ansatzweise erfüllt worden. Ab den 1960er- bis zu den 1980er-Jahren traten die reaktionären Kräfte etwas in den Hintergrund. Ideologisch erlebte die Schweiz in dieser Zeit unter dem Einfluss der 68er-Bewegung eine gewisse Phase des Tauwetters, die aber im Zeichen der neoliberalen und neokonservativen Restauration ein baldiges Ende nahm.

Das ausserordentlich starke Wachstum der Nachkriegsjahre liess die Arbeitslosenzahlen schnell gegen Null sinken, was zu einer starken Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte führte, die etwa im Bau, in der Textilindustrie und in der Landwirtschaft gebraucht wurden. So liess sich die Entwicklung der Löhne unterhalb der Produktivitätsentwicklung halten. Dennoch kam es, wie in anderen Ländern der OECD, zu einem starken Wachstum der Masseneinkommen. Von der ausgeprägten Hochkonjunktur profitierten in der Schweiz dank der Unterschichtung durch ImmigrantInnen vorab die Schweizer Männer, dies vor allem in Form besonderer Aufstiegsmöglichkeiten.

Profitiert hat die Schweiz auch kräftig von ihrer Drehscheibenfunktion im imperialistischen System, nach den Geschäften mit Nazideutschland am deutlichsten und anstössigsten wohl in Südafrika (Kreis, 2005; Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika, 2005). Auch dieses Kapitel harrt, wie die Rolle der Schweiz im Kolonialsystem und im Sklavenhandel des 17. bis 19. Jahrhunderts, noch einer Aufarbeitung.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Klassenstruktur in der Schweiz seit dem zweiten Weltkrieg von drei Faktoren geprägt. Erstens durch die spezifische Stellung des Landes im imperialistischen System. Dazu gehören die Drehscheibenfunktion – die unter anderem mit sich bringt, dass immer Geschäfte mit allen Seiten gemacht werden –, ferner die international führende Stellung der Finanzindustrie, die heute weltweit mehr als die Hälfte der privaten Vermögen verwaltet, und die ausserordentliche Dichte von Handelsfirmen, internationalen Konzernen und spezifischen Dienstleistungen. Die starke Stellung des Finanzplatzes



erklärt auch, weshalb in der Schweiz der Mittelstand zahlenmässig recht stark ist und immer auch etwas von der imperialistischen Ausbeutung der Peripherie mitprofitieren konnte. Dafür musste sich die Schweiz nicht mit Kolonien belasten, womit ihr aufwändige, verlorene Kriege erspart blieben. Sie konnte sich über Handelsfirmen, die Exportindustrie und den Finanzplatz überproportional und reichhaltig an den kolonialen und imperialen Gewinnen beteiligen.

Zweitens war die Schweiz mindestens vom Ende der 1940er- bis zu Beginn der 1990er-Jahre ein ›Sonderfall‹ in Fragen des Arbeitsmarktes: die Arbeitslosigkeit war ausserordentlich tief, die Immigration stark, aber vom Arbeitsmarkt gesteuert. Drittens war die Schweiz bis zu den 1980er-Jahren gekennzeichnet durch einen ausserordentlich tiefen Anteil an Frauen-Erwerbsarbeit, der seither, parallel zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen zugenommen hat. Diese drei Faktoren tragen strukturell wesentlich dazu bei, dass das bürgerliche Machtkartell in der Schweiz nach wie vor fest im Sattel sitzt. Für seine imperialistische Rolle hat es eine breite Basis vor allem in den Mittelschichten, bei vielen Schweizer Lohnabhängigen und Rentnerinnen und Rentnern. Gegen ein Viertel der Lohnabhängigen sind ja von den politischen Rechten sowieso ausgeschlossen, da sie ausländischer Herkunft sind.

### **Ab Anfang der 1980er-Jahre: Regime der flexiblen Akkumulation**

Die strukturelle Überakkumulationskrise seit den 1970er-Jahren hat die Landschaft in der Schweiz und in anderen Ländern stark verändert. Mit Rationalisierungen und Kostensenkungsmassnahmen wurden die zu hohen Fixkosten heruntergeschraubt und die Kapitalproduktivität erhöht. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der Produktivität seit 1985 mittels einer restriktiven Lohnpolitik von den Löhnen abgekoppelt werden konnte. Im Verbund mit dem Absinken oder Stagnieren der Reallöhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind Niedriglohnsektoren, die Prekarisierung einer grossen Zahl von Lohnabhängigen und die neue Armut auf dem Vormarsch. Das wäre ohne Angriffe auf die Errungenschaften der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aus dem ›Golden Age‹ nicht möglich gewesen. Die wichtigen Veränderungen haben wir im Denknetz-Jahrbuch 2006 dargestellt. Eine weitere sei hier noch erwähnt: Das Finanzkapital, das in der Schweiz immer schon eine zentrale Rolle spielte, erlangte in der Krise – als Exekutor der Krise und Verwerter von überschüssigem, nicht rentabel anlegbarem Kapital – eine noch stärkere, beinahe hegemoniale Stellung. Diese Stellung ist also nicht, wie viele Linke heute annehmen, die

Ursache der Krise, sondern eine Folge der strukturellen Überakkumulationskrise. Wieder zugenommen hat mit dieser Entwicklung hingegen, insbesondere seit Mitte der 1980er-Jahre, die Profitrate – nicht dank grosser Produktivitätsfortschritte, sondern aufgrund einer verschärften Ausbeutung. Trotz steigender Profite wird aber nicht verstärkt in die Erweiterung des Produktionsapparates investiert, womit Arbeitsplätze geschaffen würden. Denn einerseits schränkt die restriktive Politik der Neoliberalen die Massenkaufkraft und so die Absatzmöglichkeiten ein, andererseits haben sich die Bedürfnisse in unserer Gesellschaft stark auf Bereiche wie Gesundheit und Bildung verlagert, die kapitalistisch weniger rentabilisiert werden können (vielmehr soll hier gespart werden). Die dank verschärfter Ausbeutung höheren Profite fliessen so weniger in produktive Investitionen als in die Spekulation, in Firmenübernahmen, Finanzgeschäfte und – über eine Erhöhung der Gewinneinkommen – in den Luxuskonsum. Von den steigenden Gewinneinkommen, etwa von Börsengewinnen, profitieren in einem bestimmten Ausmass auch die professionellen Mittelschichten mit, die zudem von den negativen Aspekten der Entwicklung weniger betroffen sind.

Mit diesen Entwicklungen sind auch in der Schweiz die Voraussetzungen für erspriessliche korporatistische Lösungen wegerodiert: Wachstumsschwäche, eine strukturelle Schwäche der Arbeiterklasse infolge der Arbeitslosigkeit und der strategischen Orientierung der Parteien und Gewerkschaften auf eine korporatistische Perspektive, brachten die Linke in die Defensive. Die klassischen Liberalen andererseits nutzen seit Beginn der 1980er-Jahre die Chance für einen Roll-back. Sie streben verstärkt ein Bündnis mit konservativen und reaktionären Kräften in der Gesellschaft an, die seit den 1990er-Jahren von der SVP organisiert werden, um das bürgerliche Machtkartell zu stabilisieren. Die SVP vermag dank einer nationalistischen und rassistischen Orientierung gewisse Schichten der Lohnabhängigen an sich zu binden, welche sich von der Linken kaum mehr ansprechen lassen. Trotz Legitimitätsproblemen, die sich in einer Schwindsucht der FDP und der CVP manifestieren, ist das bürgerliche Machtkartell heute sehr dynamisch. Es konzentriert sich immer klarer auf die Erhaltung und den Ausbau der spezifischen Rolle der Schweiz im imperialistischen System, von dem auch gewisse Mittelschichten – insbesondere im Finanz-, Versicherungs- und Pharmabereich, teils im Staatsapparat – mitprofitieren. Diese Strategie ist vorläufig recht erfolgreich und wird immer schneller vorangetrieben. Wie in anderen Ländern auch, wird – mit der üblichen Verspätung – der Staat auch in der föderalistischen Schweiz im Interesse der multinationalen Konzerne, des Finanzkapitals und der Abzockeroligarchie umgebaut,



der Tendenz nach von einem fordistischen ›Wohlfahrtsstaat‹ zu einem totalitären Sicherheitsstaat.

Unschwer vorauszusagen ist zudem, dass sich die gesellschaftlichen Prozesse, in denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen dem Kapital unterworfen werden, sowohl global als auch in der Schweiz noch beschleunigen werden. Die Frage ist, wie weit es der Schweizer Bourgeoisie im politischen und ökonomischen Krisenfall gelingt, mit einer Kombination von autoritären politischen Massnahmen und materiellen Zugeständnissen die politische Lage stabil zu halten. Und vor allem, wie weit es der Linken gelingen wird, die Kräfte zu stärken, die einen Bruch mit der kapitalistischen Herrschaft anstreben. Kräfte also, die an Ansätzen arbeiten, die auf eine Weiterentwicklung der Demokratie und ein gesellschaftliches Projekt der Befreiung zielen. Und das ist nur möglich mit der Perspektive, dass die Interessen des Kapitaleigentums allmählich aus dem gesellschaftlichen und politischen Prozess zurückgedrängt werden und einer gesellschaftlichen Selbstorganisation Platz machen, die die Würde und Autonomie der Menschen garantiert. Solche Ansätze kommen auch heute immer wieder zum Durchbruch, so zum Beispiel in Venezuela oder im Frühjahr 2006 bei der Swissmetall in Réconvilier.

## Literatur

- David, Thomas, Bouda Etemad, Janick Marina Schaufelbuehl (2005). Schwarze Geschäfte. Die Beteiligung von Schweizern an Sklaverei und Sklavenhandel im 18. und 19. Jahrhundert. Zürich.
- Eberle, Willi, Hans Schäppi (2006). Radikale Demokratie statt Korporatismus. In: Denknetz-Jahrbuch 2006. Zürich.
- Fässler, Hans (2005). Reise in Schwarz-Weiss. Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei. Zürich.
- Froidevaux, Dominique et al. (2002). La suisse dans la constellation des paradis fiscaux. Genève.
- Guex, Sébastien (2002). Place financière suisse et secret bancaire au XXe siècle: ombres et pénombres. In: Froidevaux, Dominique et al.
- Jost, Hans Ulrich (1986). Bedrohung und Enge 1914–1945. In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd.3. Basel & Frankfurt a.M.
- Kocka, Jürgen (1973). Klassengesellschaft im Krieg. Göttingen.
- Kreis, Georg (2005). Die Schweiz und Südafrika. Bern, Stuttgart, Wien.
- Luciri, Pierre (1976). Le prix de la neutralité. La diplomatie secrète en 1914–1915 avec des documents d'archives inédits. Genève.
- Orsouw, Michael, von (1995). Das vermeintliche Paradies. Eine historische Analyse der Anziehungskraft der Zuger Steuergesetze. Zürich.
- Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika (2005). Kollaboration mit dem Apartheidregime. Skandalöse Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms NFP 42+. In: Widerspruch Nr. 49. Zürich. (Siehe auch die umfangreiche Dokumentensammlung unter: [www.apartheid-reparations.ch](http://www.apartheid-reparations.ch))
- Ruffieux, Roland (1983). Die Schweiz des Freisinns 1848–1914. In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3. Basel & Frankfurt a.M.
- Stone, Norman (1983). Europe Transformed 1878–1919. Oxford.
- Unabhängige Expertenkommission der Schweiz – Zweiter Weltkrieg (2002). Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht. Zürich.